

Brauchen wir Koordinierungsstellen für die digitale Archivierung? Zusammenfassung der Diskussion¹

Von ULRICH SCHLUDI

Angesichts der großen Herausforderungen, vor welche die digitale Archivierung die Archive stellt, sprachen sich die Teilnehmer eines nestor-Workshops Mitte Juli 2012 in Stuttgart mehrheitlich für die Einrichtung von Koordinierungsstellen zur digitalen Archivierung auch in Deutschland aus. Diese Koordinierungsstellen sollten einen nachhaltigen Aufbau von Wissen ermöglichen, spartenübergreifend und zweistufig organisiert sein und ein breites Angebot ähnlich der Schweizer KOST bieten. Die Diskussion hierüber soll nun in die Organisationen und Gremien der verschiedenen Archivsparten hineingetragen werden.

Unter der Leitfrage *Brauchen wir Koordinierungsstellen für die digitale Archivierung?* trafen sich am 18. Juli 2012 knapp 50 Archivare aus verschiedenen Archivsparten und Regionen Deutschlands, aber auch aus der Schweiz und Österreich zu einem nestor-Workshop in Stuttgart. Robert Kretschmar forderte in seiner Begrüßung dazu auf, Erfahrungen, die in der Schweiz, Westfalen oder anderswo gesammelt worden seien, zu rezipieren und die Diskussion in Deutschland auf dieser Basis voranzubringen. Ziel dieses ergebnisoffenen Diskussionsprozesses müsse es sein, zu verbesserten Strukturen der Koordination und Zusammenarbeit auf dem Gebiet der digitalen Archivierung zu gelangen.²

In seinem Einführungsreferat begründete Christian Keitel die Notwendigkeit von Koordination und Kooperation bei der digitalen Archivierung mit den hohen Kosten und dem großen Abstimmungsbedarf zwischen den Archiven. Gemeinsam überdacht werden müssten aber auch die archivischen Arbeitsprozesse, werde die digitale Archivierung doch das archivische Arbeiten in allen Arbeitsbereichen verändern.³ Georg Büchler genauso wie Peter Worm stellten in ihren Vorträgen die praktischen Erfahrungen vor, die die *Koordinierungsstelle für die dauerhafte Archivierung elektronischer Unterlagen* (KOST) in der Schweiz und das LWL-Archivamt in Westfalen in den letzten Jahren gemacht haben. Peter Worm stellte dabei die Wichtigkeit einer regionalen Verortung von Koordinierungsstellen heraus. Diese allein stelle einen

¹ Der vorliegende Bericht wurde zuerst publiziert in der Zeitschrift *Archivar* 66 (2013), S. 67–70. Die hier abgedruckte Fassung wurde um die Besprechung der drei in diesem Band abgedruckten Referate gekürzt und gleichzeitig am Ende unter Berücksichtigung der zwischenzeitlich eingetretenen Entwicklungen geringfügig erweitert; vgl. auch unten S. 316.

² Abgedruckt in diesem Band, ab S. 279.

³ Vgl. die Schriftfassung oben, S. 281–288.

nachhaltigen Erfolg der Beratungstätigkeit sicher.⁴ Georg Bächler hingegen betonte, dass die KOST ihr Angebot bewusst auf die Vielfalt ihrer Träger ausrichte. So habe sich ein Mix ganz verschiedener Angebote als der Schlüssel zum Erfolg erwiesen.⁵

In der anschließenden Diskussion dominierte zunächst die Frage, inwiefern nichtstaatliche oder nicht beteiligte Archive aus der Arbeit der KOST Nutzen ziehen können. Bächler wies in diesem Zusammenhang daraufhin, dass die Angebotspalette der KOST so breit sei, dass vieles nicht nur für die staatlichen, sondern auch für die kommunalen Archive nutzbar und hilfreich sei. Aber auch wer keinen Beitrag zur KOST leiste, könne von ihr profitieren: So würden die Arbeitsergebnisse allen Archiven über die Webseite der KOST zur Verfügung gestellt. Wer die Mitgliedschaft fachlich bewältigen könne, sei aber inzwischen ohnehin Mitglied geworden. Für die übrigen kleinen und kleinsten Archive habe die KOST keinen Auftrag. Diese Lücke füllten in der Schweiz die Kantonalarchive. Jene drängten die kleineren Gemeindearchive zur Zusammenarbeit auf Kantonalebene, und auch für die Universitätsarchive seien die Staatsarchive der Kantone zuständig.

Bezüglich des Referats von Peter Worm wiesen mehrere Teilnehmer des Workshops auf die Parallele zwischen der Schweizer KOST und der Beratungstätigkeit des LWL-Archivamts zur digitalen Archivierung hin. Westfalen-Lippe habe also schon eine KOST, so das Fazit. Da es in Deutschland aber nirgendwo anders solche Strukturen gäbe, sprächen Bedarf und Nachfrage nach dem Beratungsangebot des LWL-Archivamts gerade für Koordinierungsstellen in Deutschland. Die bereits existierenden Verbände könnten eine solche Aufgabe aufgrund ihrer Struktur nicht übernehmen.

Kritisch hinterfragt wurde aus dem Zuhörerkreis, inwiefern die im Vortrag von Peter Worm erläuterte Vorgehensweise des LWL-Archivamts bei der Übernahme elektronischer Personenstandsregister auf andere Projekte übertragen werden könne. Dass es in diesem Fall gelungen sei, unter Einbeziehung der betreffenden Arbeitskreise der Bundeskonferenz der Kommunalarchive (BKK) und der Archivreferentenkonferenz (ARK) zu einer einheitlichen Lösung zu kommen, die man dann gegenüber den Herstellern auch noch durchzusetzen vermochte, sei vor allem den guten Kontakten des Referenten und dem Ansehen des LWL-Archivamts zuzuschreiben. Kopieren könne man eine solche Vorgehensweise aber nicht. Anderswo brauche es schon die zur Diskussion stehenden Koordinierungsstellen, die sowohl regionale Schlagkraft entfalten als auch die Basis für eine bundesweite Kooperation darstellen müssten. Ohnehin aber hätten solche Projekte Auswirkungen auf das ganze Bundesgebiet – und gerade deshalb könne ein regionaler Arbeitskreis nicht allein vorangehen, sondern man benötige eine Organisation wie die Schweizer KOST.

⁴ Auch das Referat von Peter Worm findet sich in diesem Band, siehe oben, S. 297–309.

⁵ Abgedruckt oben, S. 289–295.

Die zentrale Frage: Brauchen wir Koordinierungsstellen?

In der anschließenden Generaldebatte über das Tagungsthema wurde deutlich, dass die Vertreter der versammelten Archive die zentrale Frage des Workshops fast ausnahmslos mit Ja beantworteten. Der Tenor der Workshop-Teilnehmer war hier eindeutig: Zu klein sei die Personalausstattung der allermeisten Archive in Deutschland, als dass sie das Projekt *Digitale Archivierung* allein bewältigen und das dafür nötige Know-how allein erarbeiten könnten.

Eine andere Lageeinschätzung vertraten nur wenige Anwesende, darunter das Bundesarchiv und einige Archive aus Nordrhein-Westfalen. Von dieser Seite wurde gegen eine Koordinierungsstelle vorgebracht, dass man selbst über genügend Mittel und Personal verfüge, um diese Aufgaben anzugehen, für sich selbst also keine KOST benötige. Außerdem sei die digitale Archivierung eine gesetzliche Pflichtaufgabe. Infolgedessen müsse man sich dieser Herausforderung selbst stellen. Ergänzend sei man gerne dazu bereit, Software-Entwicklungs- und Anwenderpartnerschaften anzubieten, in denen sich Archive zusammentun könnten, die vor ähnlichen Problemen stünden und ähnliche Lösungsansätze suchten. Vertreten wurde aber auch, dass für die digitale Archivierung ad hoc-Arbeitsgruppen ausreichten. Außerdem würden die Aufgaben einer Koordinierungsstelle in ihrem regionalen Bereich schon vom Archivamt für Westfalen-Lippe wahrgenommen. Für den Landesverband seien diese Bedürfnisse insofern schon abgedeckt.

Dieser Argumentation wurde entgegengehalten, dass die personelle und finanzielle Ausstattung jener Archive weit jenseits der Möglichkeiten fast aller anderen Archive in Deutschland lägen. Wenn jene also keinen Bedarf an Koordinierungsstellen sähen, so sage dies nichts über den Bedarf der übrigen deutschen Archive aus. Selbst die wenigen großen Kommunalarchive in Deutschland, die personell vergleichsweise gut aufgestellt seien, könnten das Projekt *Digitale Archivierung* nicht alleine schultern. Viel schwieriger aber sei die Lage für die große Zahl kleiner und kleinster Archive, seien es Stadt-, Gemeinde- oder Kreisarchive, Wirtschafts-, Parlaments- oder Universitätsarchive. Ihre Personalausstattung reiche häufig schon kaum dafür aus, die archivischen Fachaufgaben in der analogen Welt zu bewältigen. Würde man sie mit der neuen Herausforderung der digitalen Archivierung alleine lassen, drohten sie zu scheitern – das Ergebnis wäre ein schwarzes Loch in der Überlieferung, wie ein Vertreter der Universitätsarchive bemerkte.

Der Status einer gesetzlichen Pflichtaufgabe hindere im Übrigen nicht daran, Kooperations- und Koordinierungsgremien aufzubauen oder sich bei einer anderen Stelle Rat zu holen. Noch dazu sei nicht einmal jedes Staatsarchiv in der Lage, dem gesetzlichen Pflichtauftrag nachzukommen und die digitale Archivierung allein zu bewältigen, so die Vertreter zweier kleinerer Landesarchive, die für ihre Archive selbst Bedarf an einer KOST anmeldeten. Sie sahen sich auch außerstande, die immer mehr zunehmenden Anfragen auf Unterstützung beim Aufbau eines digitalen Archivs positiv zu beantworten. In der gegenwärtigen Finanzsituation der öffentlichen Hand sei es zudem nicht mehr vertretbar, wie früher zahlreiche Parallellösungen in Deutschland aufzubauen. Stattdessen müsse man den Weg von Kooperationslösungen beschreiten.

Die bestehenden Strukturen aber führten hier nicht weiter, wie die Vertreter mehrerer Kommunalarchive betonten. Es brauche vielmehr Personen, die sich dieser Aufgabe zu 100% und

unabhängig widmeten. Deshalb hülfe auch kein neuer Arbeitskreis. Dieser könne eben auch nur mit denselben schon einschlägig bekannten Personen besetzt werden, die aber im Alltag bereits in ganz anderen Aufgaben stünden und gar nicht die Kapazität hätten, darüber hinaus noch effektive Hilfe bei der digitalen Archivierung in anderen Archiven zu leisten.

Ad hoc-Arbeitsgruppen seien ebenso wenig eine Lösung. Eine kontinuierliche Unterstützung, die auf nachhaltige Erfolge und den Aufbau von Know-how in den einzelnen Archiven abziele, sei mit ihnen nicht zu erreichen. Bei einer solchen Mammut-Aufgabe brauche es eine dauerhafte, verstetigte Einrichtung.

Dasselbe gelte für die vorgeschlagenen Entwicklungs- und Anwenderpartnerschaften. Kleineren und kleinsten Archiven sei es weder finanziell, personell noch von ihrem Kenntnisstand her möglich, sich an solchen Software-Partnerschaften zu beteiligen und das Tempo der großen Archive mitzugehen.

Innerhalb von nestor seien solche Ziele im Übrigen auch nicht erreichbar. Der Ansatz von nestor sei gedächtnisinstitutionen-übergreifend und nicht archivspezifisch. Dazu komme, dass nestor überhaupt nicht die Absicht verfolge, Lösungswege für die Praxis zu erarbeiten. Nestor entwickle vielmehr Leitlinien, deren praktische Ausgestaltung Sache der beteiligten Bibliotheken, Museen und Archive sei. So hätten die Bibliotheken inzwischen parallel zu nestor spartenspezifische Schritte zur digitalen Archivierung unternommen, um auf diese Weise konkrete Mittel und Wege für die bibliothekarische Praxis zu finden. Als Beispiel wurde das Projekt dp4lib genannt. Genau dasselbe müssten auch die Archive tun.

Umfrage nach Archivsparten

Nach diesen ersten Stellungnahmen bat der Leiter des Workshops, Christian Keitel, die anwesenden Vertreter der verschiedenen nichtstaatlichen Archive um Stellungnahmen im Hinblick auf ihre jeweilige Archivsparte. In ihrer Antwort plädierten die anwesenden Vertreter der Kommunal-, Universitäts-, Wirtschafts- und Parlamentsarchive, die das Wort ergriffen, fast einhellig für die Einrichtung von Koordinierungsstellen. Dabei legten die Kommunalarchive Wert darauf, dass man die kommunalen (Spitzen-)Verbände in die Pläne einbeziehe. Von Seiten des Vertreters der Universitätsarchive wurde betont, dass man in dieser Archivsparte derzeit noch sehr weit von Lösungen entfernt und finanziell auch gar nicht in der Lage sei, das Projekt *Digitale Archivierung* alleine voranzutreiben. Der Weg der Universitätsarchive führe momentan geradewegs in den Datenverlust. Ähnlich großen Bedarf meldeten zwei Teilnehmer aus der Gruppe der Wirtschaftsarchive an. Universitäts- und Wirtschaftsarchive plädierten im Übrigen für Koordinierungsstellen, die archivspartenübergreifend organisiert seien. Schließlich seien auch die Probleme archivspartenübergreifend – und ihre Teilnahme sonst unter Umständen gefährdet, wenn sich staatliche und kommunale Archive in je eigenen Zirkeln zusammenschlossen.

Welche Unterstützung brauchen wir?

An diese Umfrage nach Archivsparten schloss sich eine Diskussion an, welche Unterstützung sich die deutschen Archive von Koordinierungsstellen zur digitalen Archivierung erwarten würden.

Die einzelnen Vertreter sprachen sich zunächst dafür aus, dass solche Koordinierungsstellen die Archive bei der digitalen Archivierung beraten sollten. Außerdem solle es wie in der Schweiz möglich sein, dass sich einige Archive mit einer Koordinierungsstelle zusammenschließen und gemeinsam die Lösung für ein bestimmtes Problem entwickelten (good practice); Koordinierungsstellen sollten daher auch über das Wissen verfügen, um die verschiedenen Archive, die an ein und demselben Problem arbeiten, zusammenzubringen. Sie sollten ferner eine Bündelungsfunktion wahrnehmen, an der Entwicklung von Standards arbeiten, Leitlinien erstellen, Tools entwickeln und ganz allgemein eine Informationsplattform zur digitalen Archivierung darstellen.

Spartenübergreifend und mehrstufig

Auf die Frage, ob Koordinierungsstellen eher spartenbezogen oder doch besser regional ausgerichtet sein sollten, sprachen sich viele Wortmeldungen für eine regionale und archivspartenübergreifende Struktur aus. Die Probleme der digitalen Archivierung seien schließlich spartenübergreifend dieselben und am leichtesten in regionaler Zusammenarbeit zu lösen. Gleichzeitig optierten Wortmeldungen für ein zweistufiges Modell: Eine Stelle auf einer übergeordneten Ebene könne beispielsweise Standardisierungs- und Bündelungsfunktionen wahrnehmen, während die regionalen Koordinierungsstellen Pilotlösungen entwickeln, beraten und Schulungen durchführen sollten. Die regionale Zuständigkeit dieser Koordinierungsstellen müsste allerdings nicht unbedingt mit den Bundesländern deckungsgleich sein; sie sollte sich am besten an bestehende Strukturen der Zusammenarbeit anlehnen, so ein Vorschlag.

Weitere Vorgehensweise

Angeregt wurde aus dem Teilnehmerkreis, das Thema an ARK und BKK heranzutragen und den Meinungsstand auch sonst auf allen Ebenen und in allen Gruppierungen auszuloten. Prof. Dr. Wilfried Reininghaus (Präsident des Landesarchivs Nordrhein-Westfalen und Vorsitzender der nächsten Archivreferentenkonferenz) bot an, das Thema auf die Tagesordnung der Herbsttagung der ARK Ende September in Köln zu setzen. Dr. Robert Zink (Leiter des Stadtarchivs Bamberg, stellvertretender Vorsitzender der BKK) schlug vor, gleiches für die BKK zu übernehmen. Dies stieß allgemein auf Zustimmung. ARK und BKK könnten sich dann über das weitere Vorgehen verständigen.

Sachstand zum 1.4. 2013

Zwischenzeitlich ist diese Verständigung erfolgt und haben sich die Bundeskonferenz der Kommunalarchive beim deutschen Städtetag und die Archivreferentenkonferenz gegen eine zentrale Koordinierungsstelle mit bundesweiter Zuständigkeit und für eine Koordinierung im Rahmen regionaler Verbünde für die digitale Archivierung ausgesprochen.